

Stand: 21.12.2025 15:23:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2881

"Standortfaktor "Sichere digitale Kommunikation": Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Kundendaten stärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2881 vom 04.07.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 04.07.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/4246 des KI vom 17.10.2019
4. Beschluss des Plenums 18/4356 vom 23.10.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 23.10.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber, Gerald Pittner, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger, Manfred Ländner, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Otto Lederer, Dr. Franz Rieger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko und Fraktion (CSU)

Standortfaktor „Sichere digitale Kommunikation“: Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Kundendaten stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass die Bundesregierung am Prinzip “Sicherheit durch Verschlüsselung und Sicherheit trotz Verschlüsselung” festhalten möchte.

Unternehmen, Verbraucher und Verwaltung müssen sich bei digitalen Produkten und Dienstleistungen darauf verlassen können, dass ihre Daten technisch so gut wie möglich geschützt und die genutzten Systeme vertrauenswürdig sind.

Gerade für Unternehmen spielt es heute eine zentrale Rolle bei der Wahl ihres Standortes, dass Geschäftsgeheimnisse und Kundendaten nicht nur regulatorisch, sondern auch technisch hochgradig geschützt sind.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- die technischen Möglichkeiten der IT-Sicherheit für Bürger, Unternehmen und Behörden in Deutschland ausgeschöpft und zugleich die unabweisbaren Bedürfnisse der Sicherheitsbehörden berücksichtigt werden,
- das internationale Ansehen Deutschlands als führender Standort für eine sichere und datenschutzorientierte Digitalwirtschaft weiter gefördert wird und
- Unternehmen und Verbrauchern weiterhin für die Gefahren durch digitale Sabotage, Wirtschaftsspionage und Datendiebstahl sensibilisiert werden.

Der Landtag stellt zugleich fest, dass das Prinzip “Sicherheit durch Verschlüsselung und Sicherheit trotz Verschlüsselung” das Problem beschreibt, dass es heutzutage unbestreitbar einen Bedarf an breit verfügbaren digitalen Verschlüsselungstechnologien gibt, die aber zu keiner unverhältnismäßigen Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit des Staates führen dürfen. Ermittlungsbehörden und Nachrichtendienste müssen entsprechend ausgestattet werden, um dem kriminellen Missbrauch von Verschlüsselungstechnologien entgegentreten zu können.

Begründung:

Presseberichte von Ende Mai haben suggeriert, auf Bundesebene würde geplant werden, verschlüsselte Kommunikation von Messenger-Diensten überwachbar zu machen. Mitte Juni hat ein Sprecher des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat gegenüber der dpa jedoch klargestellt, dass die Bundesregierung am Prinzip „Sicherheit durch Verschlüsselung und Sicherheit trotz Verschlüsselung“ fest halte und keine Hintertüren oder Verschlüsselungsverbote einführen wolle.

Das Prinzip von „Sicherheit durch und trotz Verschlüsselung“ greift das Problem auf, dass der unbestreitbare Bedarf an Verschlüsselung im Zeitalter von Cyber-Kriminalität zu keiner unverhältnismäßigen Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit des Staates führen darf.

Laut Branchenverband Bitkom sind in den Jahren 2016/2017 durch digitale Sabotage, Wirtschaftsspionage und Datendiebstahl alleine im Industriesektor Schäden in Höhe von mindestens 43 Mrd. Euro entstanden. Als innovationsfreundlicher und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort benötigt Deutschland die besten Schutzmöglichkeiten. Verschlüsselungstechnologien spielen hierbei eine zentrale Rolle.

Deutschland und vor allem auch Bayern sind zudem Standort für IT-Sicherheitsunternehmen u. a. mit Fokus auf Verschlüsselungstechnologien. Ein Verbot der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung würde diese Unternehmen im internationalen Wettbewerb massiv benachteiligen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine Schwachstelle von Kriminellen, aber auch von Mitarbeitern der Betreiber ausgenutzt werden könnte, um an sensible Informationen von Bürgerinnen und Bürgern, Firmen und Behörden zu gelangen.

Aus der technischen Perspektive ist Folgendes festzustellen:

Erstens es wäre schwierig, eine geheime Hintertür in quelloffene Messenger, wie beispielsweise Signal, einzubauen, da der Programmcode öffentlich ist.

Zweitens, würde man einzelne Messenger sperren wollen, müsste man eine umfangreiche IT-Infrastruktur aufbauen. Der Aufwand wäre sehr hoch, weil vor allem Kriminelle zu den Ersten gehören würden, die mittels Virtueller Privater Netzwerke (VPN) oder dem sogenannten TOR-Netzwerk diese Sperren umgehen.

Die Verschlüsselung birgt allerdings auch erhebliche Missbrauchsrisiken durch Kriminelle (z.B. im Bereich des Terrorismus, des illegalen Waffenhandels und der Kinderpornographie). So hat eine Untersuchung des Bundeskriminalamts (BKA) bereits für den Zeitraum der Jahre 2012 bis 2013 in 72 Prozent der Verfahren den Einsatz von Verschlüsselungsdiensten aufgezeigt (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen, BT-Drs. 19/1434, S. 14 – Frage 38).

Auf der anderen Seite liefern die neuen digitalen Entwicklungen in der Kommunikationstechnologie mehr Daten, als jemals früher zur Verfügung standen. Zahlreiche aktuelle Fälle dokumentieren, dass auch im sogenannten Darknet – das technisch als extrem abhörsicher gilt – mit klassischen Ermittlungsmethoden beeindruckende Erfolge zu erzielen sind, teils auch in Kombination mit aufwändiger technischer Überwachung (z. B. „Black Hand“ in Frankreich oder „Elysium“ in Deutschland).

Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den USA und Deutschland im Fall „Wall Street Market“ haben die Ermittler auf eindrucksvolle Weise klassische Ermittlungsmethoden in Verbindung mit hochkomplexen Blockchain-Technologien genutzt, um die Täter zu überführen. Das zeigt, dass Nachrichtendienste und Strafverfolgungsbehörden entsprechend gut ausgestattet werden müssen, um dem kriminellen Missbrauch entsprechend entgegentreten zu können, wenn Verschlüsselungstechnologien breit verfügbar sind.

Vor diesem Hintergrund ist es nötig, die hohe Bedeutung der Verschlüsselung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und Bayern mit den unabsehbaren Bedürfnissen der Sicherheitsbehörden in technikneutraler Weise in Einklang zu bringen.

in die Regelschulen zu schicken und zu sagen: Schaut einmal, wie ihr mit ihnen zurechtkommt. – Das ist doch grober Unfug.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diesen Kindern muss ich zuerst vernünftig Deutsch beibringen, und erst dann kann ich über die weitere Beschulung reden. Dieses Angebot findet für alle statt. Ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren, diese Anträge abzulehnen. Sie führen nicht weiter. Wir wollen unsere Politik im Interesse der Flüchtlinge konstruktiv fortsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU):
Sehr gute Rede!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2845 – das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die GRÜNEN. Gegenstimmen! – Gegenstimmen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP, der AfD sowie der beiden fraktionslosen Abgeordneten. Enthaltungen? – Enthaltung der SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt. Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/2878. Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmung ist eröffnet. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17:50 bis 17:55 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Auszählung der Stimmkarten findet außerhalb des Plenarsaals statt.

Ich gebe Ihnen noch bekannt, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/2846 mit 18/2850 sowie die Drucksachen 18/2879 mit 18/2881 in die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden.

Außerdem darf ich Ihnen bekannt geben, dass der letzte Tagesordnungspunkt, die Listennummer 21 der Anlage zum Tagesordnungspunkt 7, in der nächsten Sitzung aufgerufen wird. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass heute keine Beratung mehr stattfindet, da es kurz vor 18:00 Uhr ist. Solange die Stimmkarten ausgezählt werden, unterbreche ich die Plenarsitzung.

(Unterbrechung von 17:55 bis 17:57 Uhr)

Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ebner-Steiner, Maier, Singer und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "ANKER-Einrichtungen durch konsequente Rückführung überflüssig und Schwaben zur Modellregion für Remigration machen", Drucksache 18/2878, bekannt. Mit Ja haben 18 gestimmt, mit Nein haben 132 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir haben damit die Tagesordnung abgearbeitet. Ich danke Ihnen, dass Sie so lange ausgeharrt haben, und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)

Drs. 18/2881

Standortfaktor "Sichere digitale Kommunikation": Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Kundendaten stärken

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Wolfgang Hauber**
Mitberichterstatter: **Alexander Muthmann**

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung und der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 9. Sitzung am 10. Juli 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Enthaltung

SPD: Zustimmung

FDP: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

- Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 36. Sitzung am 24. September 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Enthaltung

SPD: Zustimmung

FDP: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 12. Sitzung am 26. September 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Enthaltung

SPD: Zustimmung

FDP: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 19. Sitzung am 17. Oktober 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Enthaltung

SPD: Zustimmung

FDP: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Dr. Martin Runge

Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber, Gerald Pittner, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger, Manfred Ländner, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Otto Lederer, Dr. Franz Rieger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko und Fraktion (CSU)

Drs. 18/2881, 18/4246

Standortfaktor „Sichere digitale Kommunikation“: Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Kundendaten stärken

Der Landtag begrüßt, dass die Bundesregierung am Prinzip „Sicherheit durch Verschlüsselung und Sicherheit trotz Verschlüsselung“ festhalten möchte.

Unternehmen, Verbraucher und Verwaltung müssen sich bei digitalen Produkten und Dienstleistungen darauf verlassen können, dass ihre Daten technisch so gut wie möglich geschützt und die genutzten Systeme vertrauenswürdig sind.

Gerade für Unternehmen spielt es heute eine zentrale Rolle bei der Wahl ihres Standortes, dass Geschäftsgeheimnisse und Kundendaten nicht nur regulatorisch, sondern auch technisch hochgradig geschützt sind.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- die technischen Möglichkeiten der IT-Sicherheit für Bürger, Unternehmen und Behörden in Deutschland ausgeschöpft und zugleich die unabweisbaren Bedürfnisse der Sicherheitsbehörden berücksichtigt werden,
- das internationale Ansehen Deutschlands als führender Standort für eine sichere und datenschutzorientierte Digitalwirtschaft weiter gefördert wird und
- Unternehmen und Verbrauchern weiterhin für die Gefahren durch digitale Sabotage, Wirtschaftsspionage und Datendiebstahl sensibilisiert werden.

Der Landtag stellt zugleich fest, dass das Prinzip „Sicherheit durch Verschlüsselung und Sicherheit trotz Verschlüsselung“ das Problem beschreibt, dass es heutzutage unbestreitbar einen Bedarf an breit verfügbaren digitalen Verschlüsselungstechnologien gibt, die aber zu keiner unverhältnismäßigen Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit des Staates führen dürfen. Ermittlungsbehörden und Nachrichtendienste müssen entsprechend ausgestattet werden, um dem kriminellen Missbrauch von Verschlüsselungstechnologien entgegentreten zu können.

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaufordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Die Beschlussempfehlung mit den Empfehlungen des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zu dem an Nummer 1 stehenden Reflexionspapier der Kommission betreffend "Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030" wurde für Sie mit der Abstimmliste aufgelegt.

(...)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Von der Abstimmung ausgenommen – das möchte ich noch ergänzen – sind die Nummern 21 und 26 der Liste, zu denen die AfD-Fraktion Einzelberatung beantragt hat. Es sind dies der Antrag betreffend "Verbot der Tötung von Küken aufgrund von Geschlechtsmerkmalen" auf der Drucksache 18/2829 und der Antrag betreffend "Erhalt der gesamten Technologie und Wertschöpfungskette des Zuckerrübenanbaus in Deutschland" auf der Drucksache 18/2817. Der Aufruf dieser Anträge erfolgt am Ende der Tagesordnung nach den Dringlichkeitsanträgen.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen sehe ich keine. Stimmenthaltungen sehe ich auch nicht. Nun die Frage an die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk, ob und welchen Fraktionsvoten sie sich anschließen wollen. Keinem? – Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Reflexionspapier der Kommission: Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030
COM (2019) 22 final
BR-Drs. 63/19
Drs. 18/1085, ber. 18/4292 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
-----	-----	-----------------	-----	-----	-----

ENTH

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tempo 130 auf der BAB 8 bis 2022
Drs. 18/2167, 18/4194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
-----	-----	-----------------	-----	-----	-----

A

A

A

A

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerisches Staatsstraßennetz sanieren
Drs. 18/2168, 18/4195 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Care Leaver I – Situation der Care Leaver in der Kinder- und Jugendhilfestatistik erfassen
Drs. 18/2402, 18/4212 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Care Leaver II – Kostenbeteiligung der jungen Menschen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe anpassen
Drs. 18/2403, 18/4213 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Care Leaver III – Anlauf- und Beratungsstellen für Care Leaver und Selbstorganisationen der Care Leaver fördern
Drs. 18/2404, 18/3736 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Care Leaver IV – Rechtsansprüche von Care Leavern stärken Drs. 18/2405, 18/4214 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Eric Beißwenger u. a. CSU
Mehr Stadtgrün wagen
Drs. 18/2515, 18/4037 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

9. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Bürger und Unternehmen schützen – Verschlüsselung erhalten
Drs. 18/2550, 18/4245 (A)

Auf Antrag der FDP-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	Z

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Julika Sandt, Martin Hagen, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)
Sicherstellung von ausreichend KiTa-Plätzen bei neuem
Einschulungskorridor
Drs. 18/2600, 18/4215 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)
Bundesweite KI-Strategie forcieren – deutsche Stärken gezielt nutzen
Drs. 18/2601, 18/4154 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel u. a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einrichtung einer übergeordneten Koordinationsstelle zum Thema
Transition innerhalb des Zentrums für Seltene Erkrankungen Erlangen
Drs. 18/2613, 18/4233 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher,
Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Probleme beim Einschulungskorridor zügig lösen. Kommunen und
Kindertageseinrichtungen nicht mit den Auswirkungen alleine lassen
Drs. 18/2620, 18/4216 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Natur und Grün in der Stadt
Drs. 18/2623, 18/4038 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	ENTH

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Inklusive Durchführung der Kommunalwahlen 2020 sicherstellen Drs. 18/2625, 18/4030 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gleiche Regeln für alle – auch beim Blutspenden
Drs. 18/2642, 18/4234 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
▢	▢	▢	▢	▢	▢

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahlf u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Fachkräfte in der Pflege – Ergebnisse aus der Konzertierten Aktion des Bundes effektiv umsetzen
Drs. 18/2792, 18/4235 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

18. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Gerd Mennes u. a. und Fraktion (AfD)
Bundesweite KI-Strategie anpassen I –
Investitionen massiv aufstocken
Drs. 18/2814, 18/4155 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
 Bundesweite KI-Strategie anpassen II –
 Maßnahmen gegen den Professoren- und Expertenmangel
 Drs. 18/2815, 18/4156 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
 Votum des federführenden Ausschusses für
 Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

20. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
 Bundesweite KI-Strategie anpassen III –
 Die gesellschaftliche Debatte ausweiten und das öffentliche KI-Image verbessern
 Drs. 18/2816, 18/4157 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> ENTH					

21. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Ralf Stadler, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
 Erhalt der gesamten Technologie und Wertschöpfungskette des Zuckerrübenanbaus in Deutschland
 Drs. 18/2817, 18/4013 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

22. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Martin Böhm, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
 Zwischenfälle in Biogasanlagen mit Umwelt- und Sicherheitsrelevanz
 Drs. 18/2823, 18/4039 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Rückkehr-Prämie für bayerische Ärztinnen und Ärzte im Ausland
Drs. 18/2824, 18/4236 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

24. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Letzter Wunsch Fonds
Drs. 18/2825, 18/4237 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

25. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Klaus Adelt SPD
Transparenz jetzt! Verbraucherinnen und Verbraucher sollen
tierwohlgerecht erzeugte Lebensmittel erkennen können
Drs. 18/2828, 18/4040 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	ENTH				

26. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler und
Fraktion (AfD)
Verbot der Tötung von Küken auf Grund von Geschlechtsmerkmalen
Drs. 18/2829, 18/4041 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Für mehr Datensicherheit – Recht auf Verschlüsselung einführen
Drs. 18/2849, 18/4248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Wettbewerbsfähige Anerkennungsprozesse
Drs. 18/2852, 18/4238 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Expertinnen- und Expertenanhörung zur Novellierung des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes
Drs. 18/2865, 18/3983 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Stefan Schuster, Alexandra Hiersemann u. a. SPD
Willkürlichen Reißbrett-Wahlkreis verhindern – gewachsene Strukturen berücksichtigen!
Drs. 18/2871, 18/4031 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD) Bürger und Unternehmen schützen – Verschlüsselung aktiv fördern Drs. 18/2880, 18/4247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl,
Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a.
und Fraktion (CSU)
Standortfaktor „Sichere digitale Kommunikation“: Schutz von
Geschäftsgeheimnissen und Kundendaten stärken
Drs. 18/2881, 18/4246 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Gleiche Note für gleiche Leistung? Bericht zu den Verhandlungen über den Nationalen Bildungsrat und zur Vergleichbarkeit der Abitur-Standards
Drs. 18/2988, 18/4016 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus